

Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Wermelskirchen vom 28.01.1992 in der Fassung der 10. Nachtragssatzung vom 14.12.2011

Aufgrund der §§ 7 - 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2011 (GV NRW S. 271), der §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712), zuletzt geändert am 30.06.2009 (GV NRW S.394) in Verbindung mit § 15 des Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen (Rettungsgesetz NRW - RettG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.11.1992 (GV NRW S. 458), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.12.2009 (GV NRW S. 750, 793) hat der Rat der Stadt Wermelskirchen in seiner Sitzung am 12.12.2011 folgende 10. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Wermelskirchen vom 28.01.1992 beschlossen:

§ 1

Die Stadt Wermelskirchen unterhält und betreibt als öffentliche Einrichtung einen Rettungs-Krankentransportdienst, zu dessen Benutzung jeder Einwohner der Stadt nach den Bestimmungen dieser Satzung berechtigt ist.

Für die Benutzung der Krankenwagen und des Notarztwagens ist eine Gebühr nach dem anliegenden Gebührentarif zu entrichten.

Fehleinsätze werden als ansatzfähige Kosten aufgenommen.

§ 2

Zur Zahlung der Gebühren ist der Benutzer des Krankenwagens, Notarztwagens bzw. dessen gesetzlicher Vertreter verpflichtet. Bei versicherten Personen kann die Gebühr unmittelbar bei dem Versicherungsträger angefordert werden. Die Zahlungspflicht des Benutzers wird hiervon nicht berührt.

Im Übrigen haften Benutzer und Besteller des Fahrzeugs als Gesamtschuldner.

§ 3

Grundlage für die Bestellung eines Krankenwagens ist eine ärztliche Notwendigkeitsbescheinigung. Sie ist nicht erforderlich bei Unfällen und äußerster Gefahr.

§ 4

Die Einziehung der Gebühren nebst Zuschlägen erfolgt auf Anweisung des Bürgermeisters durch die Stadtkasse.. Rückständige Gebühren und Zuschläge hierzu werden nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz im Verwaltungszwangverfahren beigetrieben.

§ 5

Diese Gebührensatzung in der Fassung der 10. Nachtragssatzung tritt am 01.01.2012 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung über die Benutzung der Krankenwagen und des Notarztwagens der Stadt Wermelskirchen vom 20.12.1977 in der Fassung der 9. Nachtragssatzung außer Kraft.

(Die Veröffentlichung in der Lokalpresse erfolgte am 14.12.2011)

„Gebührentarif zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Wermelskirchen vom 28.01.1992

Gebühren für Krankentransporte

Beförderung innerhalb des Stadtgebietes je Fahrt pauschal	154,00 €
für jeden km außerhalb des Stadtgebietes	1,50 €

Werden bei gleichem Transport mehrere Personen befördert, wird die Gebühr zu gleichen Teilen auf die Patienten aufgeteilt. Für einen angeforderten Transport, ohne dass eine Beförderung stattfindet, wird die halbe Gebühr erhoben.

Gebühren für den Rettungseinsatz

Beförderung mit dem Rettungstransportwagen je Einsatz pauschal	316,00 €
für den Einsatz des Notarzteinsatzwagens je Einsatz pauschal	223,00 €
für den Einsatz des Notarztes je Einsatz pauschal	106,54 €

Werden bei einem Rettungseinsatz mehrere Personen befördert, wird die Gebühr zu gleichen Teilen auf die Patienten aufgeteilt. Der Notarzt ist von jedem Patienten mit 106,54 € zu vergüten. Für einen angeforderten Einsatz, ohne dass eine Beförderung stattfindet, wird die halbe Gebühr erhoben.

Kosten für die Kreisleitstelle:

Die Stadt Wermelskirchen erhebt im Auftrag des Rheinisch-Bergischen Kreises die Gebühren für die Inanspruchnahme der Kreisleitstelle nach den gültigen Gebührentarifen der Satzung über den Rettungsdienst des Rheinisch-Bergischen Kreises.